

Regierungsrat des Kantons Schwyz

**STRATEGIEKONZEPT WIRTSCHAFT
UND WOHNEN FÜR DEN KANTON
SCHWYZ**

Schwyz, 15. Juli 2004

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der aktuellen globalen Umwälzungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sowie des schrumpfenden Wohlstandsvorsprungs der Schweiz sind auch der Kanton Schwyz und die Schwyzer Wirtschaft gefordert, sich mit diesen Entwicklungen auseinander zu setzen. Mit Blick auf eine Überprüfung und allfällige Anpassung der kantonalen Standortpolitik hat der Regierungsrat des Kantons Schwyz gemeinsam mit einer externen Beratungsfirma und mit verschiedenen Akteuren aus Wirtschaft und Politik einen Analyse-, Diagnose- und Gestaltungsprozess für den Wirtschafts- und Wohnstandort Kanton Schwyz durchgeführt. Der vorliegende Bericht beinhaltet die wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchungen sowie die vom Regierungsrat beschlossene Strategie für den Wirtschaftsstandort und Wohnort Kanton Schwyz. Zudem werden Massnahmen für die Umsetzung der Strategie dargestellt.

Die durchgeführte Grundlagenanalyse zeigt, dass der Leistungsausweis des Kantons Schwyz in den Neunzigerjahren im interkantonalen Vergleich überdurchschnittlich ist. Zu den Hauptstärken des Kantons zählen die niedrige Steuerbelastung, das Vorhandensein attraktiver Wohnlagen, eine als positiv wahrgenommene Lebens- und Umweltqualität, eine relativ niedrige Staatsquote, die Nähe zu den Wirtschaftszentren Zürich, Zug und Luzern sowie eine an verschiedenen Orten zu beobachtende Entwicklung moderner Wirtschaftszweige. Die Analyse zeigt indessen auch Schwächen des Wirtschafts- und Wohnstandortes Schwyz. Dazu zählen eine überproportionale Vertretung von Branchen mit hohem strukturellen Anpassungsbedarf, eine geringe Vertretung wachstumsträchtiger Branchen, mangelnde Verfügbarkeit von Gewerbeflächen an potenzialreichen Standorten, punktuell belastende Wirkungen des Wachstums (v.a. im äusseren Kantonsteil), eine hohe Bedeutung weniger grosser Steuerzahler sowie ausgeprägte Unterschiede zwischen den verschiedenen Teilräumen im Kanton.

Die Entwicklung der übergeordneten Rahmenbedingungen birgt für den Kanton Schwyz sowohl Chancen als auch Gefahren. Im Wohnbereich überwiegen die Chancen, im Arbeitsplatzbereich und bei den öffentlichen Finanzen dagegen die Risiken. Während die Wohnbevölkerung im Kanton weiterhin wachsen wird, hängt die Entwicklung der Schwyzer Wirtschaft stark von externen Faktoren ab; aus heutiger Sicht ist für die nächsten Jahre von einer insgesamt moderateren Beschäftigungsdynamik auszugehen als bisher. Dabei wird der Wirtschaftsstandort auch vom erwarteten Bevölkerungszuwachs profitieren.

Die Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft und Wohnen sind im Kanton Schwyz für die kommenden Jahre insbesondere in folgenden Bereichen zu orten: Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtung mit den benachbarten Wirtschaftszentren, Hinwirken auf eine wertschöpfungsstärkere Wirtschaftsstruktur, Erhalt der bestehenden Standorttrümpfe, Hinwirken auf eine koordinierte Siedlungsentwicklung, Eindämmen der punktuellen negativen Begleiterscheinungen des Wachstums, Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraumes sowie Schaffung von Akzeptanz für die künftige Standortpolitik im Kanton.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen setzt der Regierungsrat auf eine stärker wachstumsorientierte Politik für Wirtschaft und Wohnen. Mit drei Teilstrategien soll sichergestellt werden, dass der Kanton Schwyz auch künftig ein attraktiver Wohnort und Wirtschaftsstandort ist: „Attraktiver Wohnstandort“, „Gezielte Vernetzung“, „Entwicklung von innen“. Die Strategie basiert auf der bisher verfolgten, erfolgreichen Politik, setzt

jedoch zusätzliche Akzente, die aufgrund der Befunde der Grundlagenanalyse notwendig sind. Neue Akzente werden vor allem in folgenden Bereichen gesetzt: Verstärkte Orientierung der Politik an den wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen, verstärkte Ausrichtung auf den Wirtschaftsraum Zürich sowie unterschiedliche Gewichtung der drei Teilstrategien für die Regionen im Kanton. Zudem besteht die Erkenntnis, dass eine koordinierte Raum-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Kanton für eine erfolgreiche Erschliessung bestehender Entwicklungspotenziale massgebend sein wird.

Die Massnahmen für die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie für Wirtschaft und Wohnen sind in drei Stossrichtungen zusammengefasst:

- Weiterführung von Bewährtem
- Potenzialorientierte Raumentwicklung
- Optimierung der staatlichen Infrastrukturen und Leistungen

Für die Umsetzung der Strategie kommt der Prüfung des bestehenden Revisionsbedarfs im kantonalen Planungs- und Baugesetz besondere Bedeutung zu. Hier besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Der Regierungsrat wird, wo nötig, dem Kantonsrat Anträge zu gesetzlichen Anpassungen unterbreiten, falls sich dies für die Umsetzung der Strategie für Wirtschaft und Wohnen als notwendig erweisen sollte. Für die Umsetzung der weiteren Massnahmen stehen die Fortführung einer attraktiven Fiskalpolitik, die Realisierung der potenzialorientierten Raumentwicklung, die Optimierung der Beziehungspflege zu bereits ansässigen Unternehmen sowie die Promotion des Wohnstandortes Kanton Schwyz im Vordergrund. Ausserdem sollen in die Planung von Vorhaben des Kantons künftig volkswirtschaftliche Kosten-/Nutzenüberlegungen einfließen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Übergeordnete Rahmenbedingungen und Trends	6
3. Hauptbefunde zur Grundlagenanalyse	11
4. Potenziale, Problemfelder und Herausforderungen	15
5. Zielsetzungen des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen	19
6. Strategie des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen	20
7. Stossrichtungen und Massnahmen für die Umsetzung der Strategie	27
8. Umsetzung	34
9. Erfolgskontrolle	34
Anhang	35

1. Einleitung

Die vergangenen Jahre waren durch starke Umbrüche im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich geprägt. Bekannte Stichworte dazu sind die voranschreitende Öffnung internationaler Märkte durch weltweite Liberalisierungsbestrebungen, eine weitere Binnenliberalisierung in der Schweiz, Veränderungen der Nachfrage, eine rasante technologische Entwicklung verbunden mit weltweiten Instabilitäten im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich.

Infolge der Globalisierung der Märkte werden Standorte mit vergleichbarer Qualität für international operierende Investoren weltweit immer leichter „austauschbar“, wodurch der internationale Wettbewerb um attraktive Firmen und Arbeitsplätze schärfer wird. Verschiedene aufstrebende Länder in Asien und Osteuropa haben als Investitionsstandorte an Attraktivität gewonnen und stehen in wachsender Konkurrenz zu Westeuropa, USA und Japan. Auch zwischen den Schweizer Kantonen hat der Standortwettbewerb deutlich zugenommen.

Angesichts dieser Ausgangslage können weder Unternehmungen noch der Staat davon ausgehen, dass bisherige Erfolgsmodelle noch eine Gewähr für den künftigen Erfolg bilden. Eine frühzeitige Analyse und daraus abgeleitete Anpassungen von unternehmerischen Strategien und staatlichen Rahmenbedingungen bilden den Grundstein für einen anhaltenden Erfolg.

Vor diesem Hintergrund ist auch der Kanton Schwyz gefordert, sich mit diesen Entwicklungen auseinander zu setzen, weil die eigene Standortqualität durch die „neue Weite“ stark beeinflusst wird: Der Standortwettbewerb mit anderen Gemeinwesen in der Schweiz und im Ausland begrenzt die Möglichkeit, Erträge aus Steuern und Abgaben zu erhöhen. Gleichzeitig nehmen die Leistungserwartungen gegenüber dem Staat weiter zu, was steigende Kosten verursacht. Es gilt, sich mit der Frage zu befassen, wie die eigene Wettbewerbsfähigkeit langfristig durch die Verbesserung der Standort- und der Wohnqualität aufrecht erhalten werden kann. Eine klare Analyse eigener Stärken und Schwächen sowie absehbarer Chancen und Gefahren im Umfeld bilden eine wichtige Grundlage für die Ableitung der künftigen Wirtschafts- bzw. Standortpolitik und zugehöriger konkreter Massnahmen. Dabei ist das Augenmerk nicht ausschliesslich auf die Wirtschaftsförderung, sondern auf eine sämtliche Standortfaktoren umfassende Wirtschaftspolitik zu richten.

Aufgrund der vom Kantonsrat erheblich erklärten Motion „Weder Schlafzimmer noch Briefkasten – Wirtschaftsförderung im Kanton Schwyz“ (M13/01) hat der Regierungsrat des Kanton Schwyz mit Beschluss Nr. 354 vom 18. März 2003 die Beratungsfirma **BHP - HANSER UND PARTNER AG** beauftragt, gemeinsam mit verschiedenen Akteuren im Kanton Schwyz einen Analyse-, Diagnose- und Gestaltungsprozess für den Wirtschaftsstandort und Wohnort Kanton Schwyz durchzuführen¹. Die Zielsetzung des Prozesses bestand darin, die kantonale Standortpolitik zu überprüfen und allenfalls anzupassen. Die im Laufe des Projektes entwickelte Strategie und die daraus abgeleiteten Ansatzpunkte für die kantonale Standortpolitik orientieren sich primär an wirtschaftlichen Überlegungen. Geltende gesetzliche Bestimmungen aus anderen Politikbereichen

¹ Eine Liste der am Prozess beteiligten Gremien und Personen findet sich im Anhang des vorliegenden Berichts.

(z.B. Umwelt, Soziales, Raum) bilden dabei den Rahmen, in welchem die angestrebte Entwicklung stattfinden soll.

Der vorliegende Bericht enthält einen zusammenfassenden Überblick über die im Rahmen des Projektes erarbeiteten Grundlagen:

- **Kapitel 2** weist auf die veränderten Rahmenbedingungen und Trends hin, welche die weitere Wirtschaftsentwicklung im Kanton Schwyz massgeblich beeinflussen werden.
- In **Kapitel 3** werden die Hauptbefunde zur Stärken-/Schwächen- und Chancen-/Gefahren-Analyse für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen vorgestellt.
- Darauf aufbauend werden in **Kapitel 4** Potenziale, Problemfelder und Herausforderungen für die Gestaltung der zukünftigen Standortpolitik erläutert.
- **Kapitel 5** stellt die Zielsetzungen des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen vor.
- In **Kapitel 6** wird die Strategie präsentiert, mit welcher die erarbeiteten Zielsetzungen erreicht werden sollen.
- Das **Kapitel 7** enthält die vom Regierungsrat verabschiedeten Stossrichtungen und Massnahmen für die Umsetzung der definierten Strategie.
- Im **Kapitel 8** werden Angaben zur Umsetzung der definierten Strategie aufgeführt.
- Der Bericht schliesst mit Ausführungen zur vorgesehenen Erfolgskontrolle durch den Regierungsrat (**Kapitel 9**).

2. Übergeordnete Rahmenbedingungen und Trends

2.1 Trends im Bereich Wirtschaft

Der technologische Fortschritt, die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft und die fortschreitende Europäische Integration (inkl. Osterweiterung) stellen die Schweizer Wirtschaft und Politik in Anbetracht der intensiven aussenwirtschaftlichen Verflechtungen vor grosse Herausforderungen. Die genannten Entwicklungen führen auf praktisch allen Güter- und Faktormärkten zu einer laufenden Wettbewerbsverschärfung und zu neuen unternehmerischen Risiken. Gleichzeitig entstehen für die Unternehmen auch völlig neue Geschäftspotenziale.

Die Schweizer Politik reagiert auf den verschärften internationalen Wettbewerb seit gut einem Jahrzehnt mit verschiedenen Reformpaketen. Zu den **wichtigen Reformbereichen** zählen etwa die Liberalisierung verschiedener Marktordnungen, die Finanzpolitik, die soziale Sicherheit, die Bildungs- und Forschungspolitik sowie die Landwirtschafts- und Regionalpolitik. Allerdings hinkt die Schweiz bezüglich des erforderlichen Reformprozesses hinter den meisten OECD-Ländern nach. Aktuellen Untersuchungen zufolge bildet die mangelnde innere Reformbereitschaft der Schweiz einen Hauptgrund für das im internationalen Vergleich schwache Wirtschaftswachstum und das Fortbestehen der „Preisinsel Schweiz“.

Gleichzeitig ist in der Schweizer Wirtschaft infolge der skizzierten Entwicklungen mit **verstärkten strukturellen Anpassungen** zu rechnen. Branchen, welche lange Zeit eine bedeutende „Motorfunktion“ für die Schweizer Volkswirtschaft inne hatten, dürften weiter an Gewicht verlieren:

- **Landwirtschaft:** Rückgang/Stagnation der Wertschöpfung, Produktivitätssteigerung und rückläufige Betriebs- und Beschäftigtenzahl; negative Rückkopplungen auf vor- und nachgelagerte Branchen.
- **Industrie:** Kaum Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Schwyz.
- **Tourismus:** Markante Strukturanpassungen sind zu erwarten; Chancen für Impulse durch neue Tourismusformen (z.B. Wellness-, Kultur- oder Seminartourismus, „alles aus einer Hand“).

Im Weiteren ergeben sich für den **Finanzplatz Schweiz**, ein Schlüsselbereich der Schweizer Volkswirtschaft, bedeutende Unsicherheiten:²

- Ein Grossteil der bezüglich Wertschöpfung und Know-how interessanten Finanzdienstleistungen (z.B. grosse Transaktionen im Investment Banking) wird bereits heute nicht von der Schweiz, sondern von anderen Finanzzentren aus angeboten (z.B. London).
- Eine starke Marktstellung hat die Schweiz dagegen im Private Banking (Verwaltung von Privatvermögen), das weniger wertschöpfungsstark ist. Die weitere Entwicklung dieses Bereichs hängt wesentlich davon ab, welche Politik auf Bundesebene in Bezug auf die künftigen politischen Rahmenbedingungen verfolgt wird: Im Falle einer weiteren Öffnung bzw. Annäherung an die Marktregulierung der EU ist mit einem Einbruch des Private Banking und demnach mit negativen Konsequenzen für den Finanzplatz Schweiz zu rechnen.
- Unabhängig davon gehen Experten von einer Redimensionierung des Inlandgeschäfts der Banken und von einer weiteren Konzentration der Finanzdienstleistungen in den Wirtschaftszentren aus, wovon auch vor- und nachgelagerte Bereiche (z.B. Unternehmensdienstleistungen, EDV/Informatik) betroffen sind.

Insgesamt besteht in der Schweiz zudem ein Trend zu einer ausgeprägt zwei geteilten Wirtschaftsstruktur mit international wettbewerbsfähigen, exportorientierten Branchen/Unternehmen auf der einen Seite und relativ wertschöpfungsschwachen, gewerblich strukturierten Branchen auf der anderen Seite.

Mit Blick auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit stellt die im weltweiten Vergleich eher schwache Position der Schweizer Wirtschaft in zukunftssträchtigen Forschungs- und Anwendungsfeldern (z.B. Bio- und Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnologien) ein Handicap dar. Die im Vergleich zu verschiedenen OECD-Staaten geringere Effektivität der Schweiz im Bildungs- und Forschungssektor³ dürfte sich längerfristig ebenfalls als ein Wettbewerbsnachteil erweisen. Erschwerend kommt

² Z.B. Bernet, B. et al. (2003): Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich Finanzdienstleistungen, Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug (AMOS).

³ Z.B. Borner, S. / Bodmer, F. (2004): Wohlstand ohne Wachstum. Eine Schweizer Illusion, S. 95 und 133ff.; und: OECD (2004): Economic Surveys, Switzerland, Volume 2003, Supplement Nr. 2, S. 160f.

hinzu, dass der Unternehmensstandort Schweiz im Zuge einer möglichen Herabstufung des interkontinentalen Flughafens Zürich zu einem Regionalflughafen für internationale Konzerne an Attraktivität einbüßen würde. Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen ist für die Schweiz mit einem anhaltend schwachen Wirtschaftswachstum zu rechnen. Auch das Nachfragewachstum nach Arbeitskräften dürfte insgesamt moderat ausfallen.

Diesen übergeordneten wirtschaftlichen Tatsachen und Trends kann sich auch der Kanton Schwyz nicht entziehen. Die wirtschaftliche Dynamik im Kanton Schwyz wird wesentlich davon abhängen, ob die Schweizer Volkswirtschaft ihre Wachstumsprobleme überwinden kann und ob sich Zürich als internationales Finanzzentrum zu behaupten vermag.

2.2 Bevölkerungswachstum und Bevölkerungswandel

Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz schwächt sich neusten Prognosen zufolge in den kommenden Jahren deutlich ab. Auf der Basis der bisherigen Entwicklung rechnen die Experten des Bundesamtes für Statistik für die Periode 2002 bis 2010 mit einem Zuwachs von lediglich drei Prozent und für 2010 bis 2020 mit einem weiteren Prozent.⁴

Die zukünftige Entwicklung im Wohn- und Arbeitsmarktbereich wird ausserdem durch folgende Trends geprägt:

- Fortschreitende Alterung der Wohnbevölkerung
- Überproportionales Wachstum der Gruppe der „aktiven“ Senioren
- Weitere Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung; „Internationalisierung“ des Humankapitals
- Zunehmende Arbeitsmarktflexibilität (dank höherer räumlicher und beruflicher Mobilität der Arbeitskräfte)
- Tendenziell steigende Freizeitbudgets und steigende Freizeitmobilität
- Evtl. neue Wohnortpräferenzen mit „Trend zur Rückkehr in die Städte“ (Reurbanisation) bei einkommens- und vermögensstarken Bevölkerungssegmenten
- Trend zu neuen Wohnformen mit grösseren Wohnflächen (zwischen der Einkommenshöhe und der gewünschten Wohnungsgrösse besteht dabei ein direkter Zusammenhang); die veränderten Präferenzen wirken sich u.a. auf die Siedlungsstrukturen und -bilder aus.
- Abnehmende Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials (vgl. sinkende Anzahl Erwerbstätige im Verhältnis zur Einwohnerzahl infolge Bevölkerungswachstum bei mehr oder weniger stagnierender Arbeitsplatzzahl).

⁴ Bundesamt für Statistik (2004): Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Kantone und der Grossregionen der Schweiz 2002-2040; Grundszenario „Trend“.

Die skizzierten Trends auf Ebene Schweiz werden ihren Niederschlag auch in der Entwicklung der Schwyzer Wohnbevölkerung finden. Allerdings dürfte die Wohnbevölkerung im Kanton Schwyz gemäss den aktuellen Bevölkerungsprognosen des Bundes bis 2020 erheblich stärker wachsen (+16%) als im Landesdurchschnitt, womit z.B. der oben genannte Alterungsprozess im Kanton Schwyz verzögert wird. Die zunehmende Bevölkerungsdichte im Kanton führt zu einem erhöhten politischen Koordinationsbedarf zwischen unterschiedlichen Nutzungsansprüchen.

2.3 Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Im Umfeld des Kantons Schwyz stehen diverse grössere Ausbauprojekte im Verkehrsbereich in Planung oder Ausführung bzw. wurden vor kurzem realisiert. Sie wirken sich direkt oder indirekt auf die grossräumige Erschliessungsqualität von Wirtschafts- und Wohnstandorten im Kanton Schwyz aus:

Verkehrsträger	Voraussichtlicher Zeithorizont der Realisierung	Betroffene Region im Kanton Schwyz
- Eröffnung der Autobahn A53	2004	March
- Realisierung der Autobahn A4 (Knonaueramt)	Voraussichtlich 2010/12	Küssnacht - Arth / Talkessel Schwyz
- Realisierung der Oberland-Autobahn (Zürcher Oberland)	Wahrscheinlich nach 2020	March
- Ausbau der Zürcher S-Bahn	Laufend	Ausserschwyz
- Realisierung der Stadtbahn Zug	Ab 2004	Innerschwyz
- Realisierung des NEAT Gotthard-Basistunnels	Voraussichtlich bis ca. 2015	Küssnacht - Arth / Talkessel Schwyz
- Realisierung übrige NEAT-Vorhaben	Voraussichtlich nach 2025	Küssnacht - Arth / Talkessel Schwyz

Durch die oben aufgeführten Infrastrukturausbauten rücken verschiedene Teile des Kantons Schwyz per Saldo noch näher an den Wirtschaftsraum Zürich sowie an die Zentralschweizer Zentren Zug und Luzern. Der Kanton Schwyz wird dadurch als Wohnort wie auch als Wirtschaftsstandort zusätzlich aufgewertet.

In den **Agglomerationen** werden weiterhin erhebliche **Verkehrsengpässe** bestehen, welche die Erreichbarkeit der Zentren zeitweise verschlechtern. Für die Verkehrssysteme in den Agglomerationen und in ihrem Umland wird sich folglich künftig die Frage stellen, in welche Verkehrsinfrastruktur investiert werden soll: Öffentlicher Verkehr, Strassenbau, Park- & Ride-Anlagen etc.

2.4 Öffentliche Finanzen / Institutionelle Reformen

Die Lage zahlreicher öffentlicher Finanzhaushalte bleibt auf Grund des voraussichtlich schwachen Wirtschaftswachstums, stagnierender Einnahmen und weiter wachsenden Ausgaben (vor allem in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Bildung und Verkehr) auf Jahre hinaus angespannt. Der heutige Standard bezüglich staatlicher In-

frastrukturen und Leistungen lässt sich vor diesem Hintergrund nur über höhere Einnahmen finanzieren. Da aus politischen und/oder wirtschaftlichen Gründen (schwache Konjunktur, Steuerwettbewerb etc.) zusätzlichen Einnahmen jedoch enge Grenzen gesetzt sind, werden viele Gemeinwesen gezwungen, ihren Finanzhaushalt mittels gezielter, z.T. einschneidender Entlastungsprogramme wieder ins Lot zu bringen. Beispiele dafür sind auf nationaler Ebene die beschlossenen bzw. angekündigten Entlastungsprogramme⁵, der Abbau des Service Public und das abnehmende Engagement des Bundes bei Gemeinschaftsaufgaben (z.B. im Sozialbereich). Die Neuordnung der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie zwischen den Kantonen und Gemeinden hat bei den Finanzströmen zwischen den öffentlichen Finanzhaushalten zum Teil starke Veränderungen zur Folge.

Auf Grund der vorliegenden Vorschläge des Bundes zur Neuen Regionalpolitik und der relativ schwachen finanziellen Dotierung dieses Instrumentes sind im Weiteren keine grösseren Impulse für die Entwicklung des ländlichen Raums zu erwarten. Die auch in Zukunft angespannte Finanzlage vieler Finanzhaushalte dürfte den Trend zu interkantonalen und überkommunalen Zusammenarbeitsformen verstärken.

Die skizzierten Entwicklungen bei den Bundesfinanzen und die laufenden bzw. geplanten Massnahmen des Bundes zur Entlastung des Bundeshaushaltes dürften aus heutiger Sicht per Saldo zu geringeren Transferzahlungen zugunsten des Kantons Schwyz führen.

2.5 Agglomerationsentwicklung Zürich

Der Kanton Schwyz ist heute bereits eng mit dem Wirtschaftsraum Zürich verflochten, sei es über Pendlerströme oder über betriebliche Zulieferbeziehungen (z.B. in Form spezialisierter Dienstleistungen für den Banken- und Versicherungsplatz Zürich). Deshalb hängt die weitere Entwicklung im Kanton Schwyz nicht nur von den oben skizzierten landesweiten Trends, sondern insbesondere auch von den zu erwartenden Entwicklungen in der Agglomeration Zürich ab.

Trotz der bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Finanzplatzes Schweiz und der Anbindung an den internationalen Flugverkehr (vgl. Kap. 2.1) ist die geographische Lage des Kantons Schwyz als klarer Vorteil zu werten. Denn im intensiveren internationalen Standortwettbewerb verfügen grosse Agglomerationen (bzw. Metropolen) über die besseren Karten als ländliche Gebiete abseits wirtschaftlicher Zentren und Entwicklungsachsen. Der Grossraum Zürich dürfte landesweit gesehen auch weiterhin zu den überdurchschnittlich attraktiven Investitionsstandorten und Wohnorten zählen⁶, wovon der Kanton Schwyz ebenfalls profitieren wird.

⁵ Z.B. Entlastungsprogramme des Bundes 2003 und 2004.

⁶ Vgl. Credit Suisse (2003): Standortmonitoring Wirtschaftsraum Zürich 2003, Daten, Informationen, Analysen, Greater Zurich Area, Zürich.

3. Hauptbefunde zur Grundlagenanalyse

Die im Folgenden dargestellten Befunde zur Grundlagenanalyse beinhalten eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchungen zum Wirtschaftsstandort und Wohnort Kanton Schwyz. Dabei wurden sowohl die Stärken und Schwächen als auch die Chancen und Gefahren für die künftige Entwicklung analysiert.

3.1 Starker Leistungsausweis

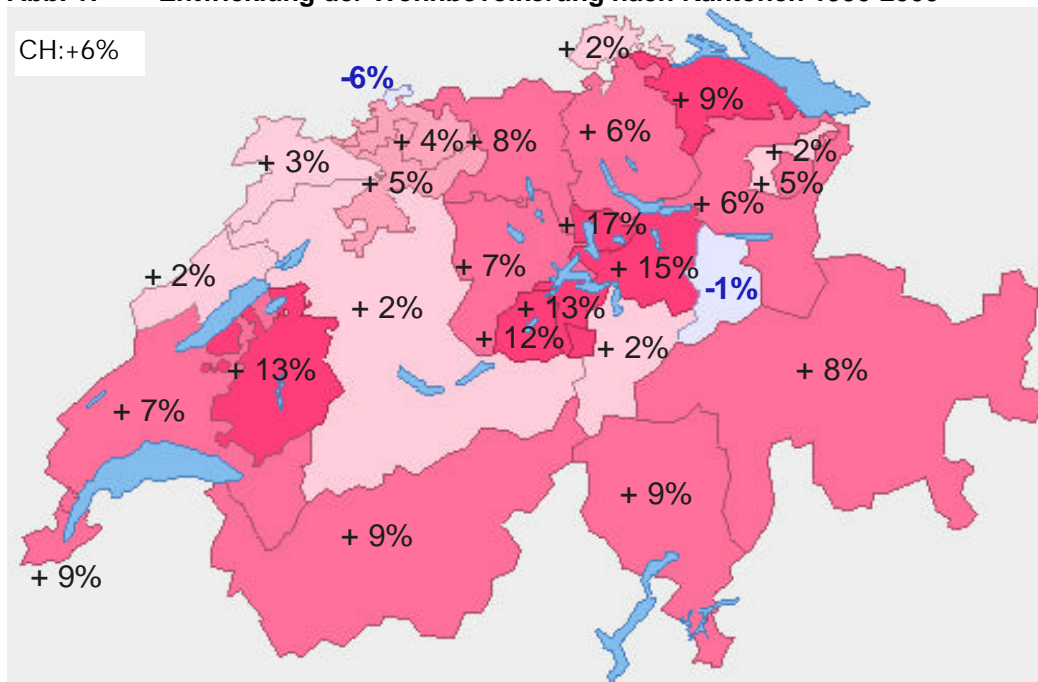
Der wirtschaftliche Leistungsausweis des Kantons Schwyz in den vergangenen zwölf Jahren ist beachtlich:

- Starkes Bevölkerungswachstum, das zu rund 60 Prozent durch Zuwanderungsüberschüsse und zu knapp 40 Prozent durch Geburtenüberschüsse begründet war
- Per Saldo leichte Zunahme der Arbeitsplätze
- Überdurchschnittliches Einkommenswachstum der Privathaushalte
- Überdurchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) pro Einwohner
- Solide Finanzlage des Kantons und vieler Gemeinden
- Diverse Unternehmens-„Perlen“ trotz schwierigem Marktumfeld
- Erfolgreiche strukturelle Erneuerung der Wirtschaft in verschiedenen Kantonsteilen (vgl. Ansiedlung spezialisierter Finanzdienstleistungen im äusseren Kantonsteil, neue, attraktive Industriearbeitsplätze im Bezirk Küssnacht und in Teilen des Bezirks Schwyz)

Der Kanton Schwyz baute seine Position als Wohnkanton in den vergangenen Jahren stark aus (vgl. Abb. 1). Dabei wurden die Vorteile der Nähe zu den umliegenden Wirtschaftsräumen Zürich, Zug und Luzern zunehmend genutzt. Dies zeigt sich unter anderem an der Tatsache, dass eine wachsende Zahl und ein wachsender Anteil der wohnhaften Erwerbstätigen aus dem Kanton in benachbarte Wirtschaftszentren zur Arbeit pendeln. Die Arbeitskraft stellt heute ein bedeutendes „Exportgut“ der Schwyzer Volkswirtschaft dar.

Zu den Hauptstärken des Wirtschafts- und Wohnstandortes Kanton Schwyz, welche wesentlich zur Erfolgsbilanz beigetragen haben, zählen im Weiteren

- die niedrige Steuerbelastung sowohl für juristische als auch für natürliche Personen
- attraktive Wohnlagen (Berg- und Seelandschaft, Naturnähe)
- eine positiv wahrgenommene Lebens- und Umweltqualität
- relativ niedrige Ausgaben der öffentlichen Hand im Verhältnis zum kantonalen Volkseinkommen (Staatsquote), u.a. dank hoher Ausgabendisziplin
- die Nähe zu den Zentren Zürich, Zug und Luzern (auch dank der z.T. ausgezeichneten Verkehrsverbindungen)
- die an verschiedenen Orten zu beobachtende Ansiedlung bzw. Entwicklung moderner, zukunftssträchtiger Wirtschaftszweige (z.B. Finanzdienstleistungen im Bezirk Höfe, innovative Produktionsbetriebe im Raum Küssnacht – Schwyz)

Abb. 1: Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Kantonen 1990-2000

BFS: Eidg. Volkszählung

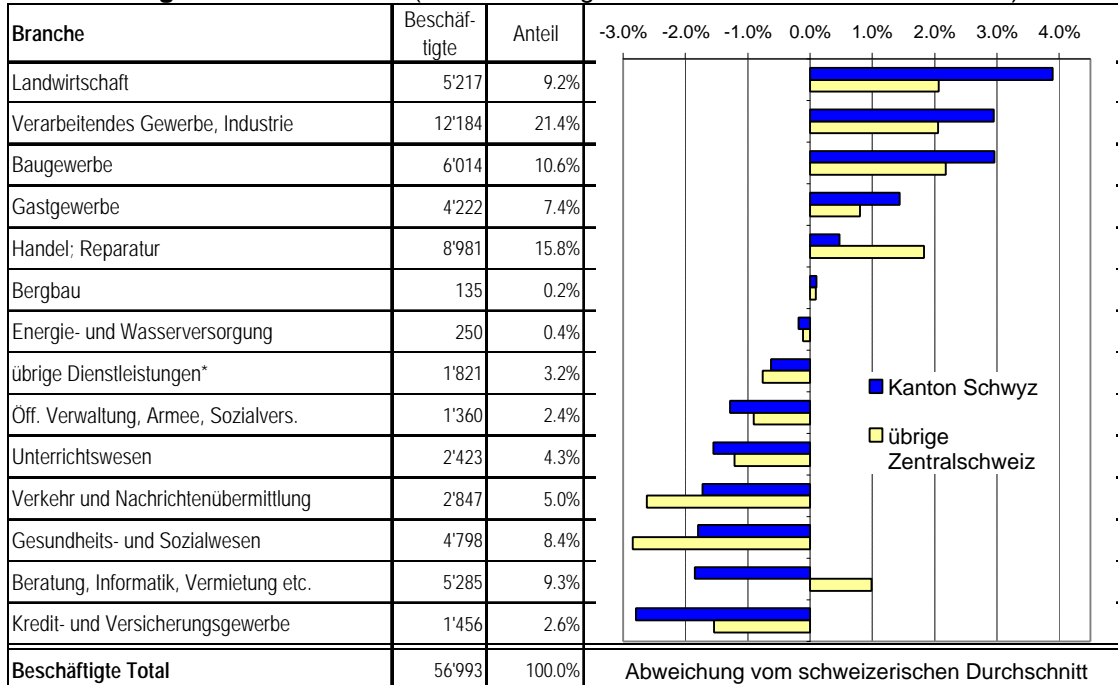
3.2 Wichtige strukturelle Schwächen und „Schattenseiten“ des Wachstums

Die Analyse zeigt indessen auch Schwächen des Wirtschafts- und Wohnstandortes Kanton Schwyz:

- Überproportionale Vertretung von Branchen mit hohem strukturellen Anpassungsbedarf (vgl. Abb. 2)
- Vergleichsweise geringe Vertretung wachstumsträchtiger Branchen/Betriebe mit überdurchschnittlicher Wertschöpfung pro Arbeitsplatz
- Mangelnde Verfügbarkeit von Flächen an potenzialreichen Standorten
- Zunehmende „Schattenseiten“ des Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Siedlungswachstums, vor allem im äusseren Kantonsteil (Verkehrsengpässe, hohes Boden- und Mietpreinsniveau etc.), mit punktuell negativen Auswirkungen auf die Wohnqualität und die unternehmensbezogene Standortqualität
- Hohe Bedeutung weniger grosser Steuerzahler für das Steueraufkommen des Kantons
- Als Nachteil sind auch die ausgeprägten Unterschiede zwischen den Teilräumen des Kantons Schwyz zu werten, denn diese „Welt der zwei Geschwindigkeiten“ birgt zunehmende Gefahren. Deutliche Polaritäten bestehen insbesondere bezüglich
 - der zwei geteilten Wirtschaftsstruktur in traditionelle Branchen und wachstumsträchtige Dienstleistungen
 - der Qualität der Standorte (z.B. Anbindung an das Wirtschaftszentrum Zürich)
 - des Zustandes der öffentlichen Finanzhaushalte

- der Einstellung gegenüber dem wirtschaftlichen Fortschritt (Mentalitätsunterschiede).

Abb. 2: Beschäftigtenanteile nach Branchen 2001 im Kanton Schwyz und in der übrigen Zentralschweiz (in Abweichung vom schweizerischen Durchschnitt)



BFS: Eidg. Betriebszählung

* Abfallbeseitigung, -entsorgung, Interessenvertretung/Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen

3.3 Chancen / Gefahren für den Wirtschafts- und Wohnstandort Kanton Schwyz

Wie wirken sich die skizzierten übergeordneten Rahmenbedingungen und Trends (vgl. Kap. 2) auf den Wirtschaftsstandort und Wohnort Kanton Schwyz aus? Welche Chancen bzw. Gefahren ergeben sich daraus angesichts der bestehenden Stärken und Schwächen für den Kanton (vgl. Kap. 3.1 und 3.2)?

Aus Sicht des Wohnortes und Wirtschaftsstandortes Kanton Schwyz bieten sich auf Grund der dargelegten Trends folgende **Chancen**:

- Die verbesserte Verkehrsanbindung an die umliegenden Zentren (vgl. A53, A4, Stadtbahn Zug) wertet den Kanton als Wohnregion und als Unternehmensstandort weiter auf. Neu profitieren davon auch relativ strukturschwache Kantonsteile.
- Ebenso steigen dadurch die Chancen für unternehmerische Investitionen (durch bestehende Betriebe und potenzielle Investoren).
- Als überdurchschnittlich attraktive Wohnregion profitiert der Kanton Schwyz zudem vom anhaltenden Bevölkerungs- und Agglomerationswachstum im Grossraum Zürich und entlang der Achse Zug – Luzern.
- Die wachsende Bedeutung des Bevölkerungssegmentes „aktive“ Senioren bietet im Wohnbereich ebenfalls Vorteile.

In folgenden Bereichen ergeben sich indessen **Gefahren**:

- Die übergeordneten wirtschaftlichen Trends führen per Saldo zu einer weiteren **Schwächung traditioneller Schlüsselbranchen im Kanton Schwyz** (z.B. Landwirtschaft, Möbel- und Holzindustrie, Baugewerbe, Gastgewerbe). Wegen der überproportionalen Bedeutung dieser Branchen fallen die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste relativ stark ins Gewicht.
- Die für die Zukunft erwarteten wachsenden **Pendler- und Verkehrsströme** beeinträchtigen die Umwelt- und Wohnqualität vermehrt, vor allem in den Zentrumsgebieten und entlang der Hauptverkehrsachsen (vgl. äusserer Kantonsteil).
- Durch die **Verknappung von Wirtschaftsflächen an potenzialreichen Standorten** lassen sich vorhandene Entwicklungspotenziale nicht vollumfänglich nutzen; denkbare Betriebs- oder Arbeitsplatzansiedlungen bleiben dadurch aus.
- Infolge des veränderten wirtschaftlichen Umfeldes und rückläufiger Einnahmen bei gleichzeitig erhöhten Ausgaben droht eine **Verschlechterung der Finanzlage der öffentlichen Hand**. Gesunde Finanzen bilden eine Grundvoraussetzung für die Niedrigsteuerpolitik.
- Durch die Sparpolitik und Reformtätigkeit des Bundes dürfte der Saldo der **Netto-Transferzahlungen an den Kanton Schwyz ungünstiger** ausfallen.
- Bei abnehmender **Standortattraktivität** (z.B. infolge höherer Steuerbelastung, zunehmender Verkehrsengpässe und Umweltbelastungen) droht ein Wegzug von guten Steuerzahlern. Veränderte Wohnstandortpräferenzen („zurück in die Stadt“) könnten zu einem abgeschwächten Zuzug einkommens- resp. vermögensstarker Haushalte führen.

Die enge **wirtschaftliche Verflechtung des Kantons Schwyz mit dem Wirtschaftsraum Zürich bietet Chancen oder Risiken**, je nachdem ob sich Zürich als internationales Finanzzentrum und/oder als interkontinentaler Hub im Flugverkehr zu behaupten vermag (vgl. Kap. 2):

- Bei weiterhin optimalen Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz und für den Flughafen Zürich (internationaler Hub) bleiben die Chancen intakt, dass die Finanzplatzaktivitäten sowie damit verbundene Wirtschaftszweige im Grossraum Zürich die erwarteten Arbeitsplatzeinbussen in traditionell wichtigen Sektoren im Kanton Schwyz annähernd auszugleichen vermögen.
- Andernfalls bestehen für die weitere Wirtschaftsentwicklung im Kanton Schwyz bedeutende Risiken.

Zusammenfassend überwiegen im Wohnbereich die Chancen, im Arbeitsplatzbereich und Bereich der öffentlichen Finanzen dagegen die Risiken. Während die Wohnbevölkerung im Kanton Schwyz weiterhin deutlich wachsen wird, hängt die Entwicklung der Schwyzer Wirtschaft stark von externen Faktoren ab; aus heutiger Sicht ist für die nächsten Jahre von einer insgesamt moderateren Beschäftigungsdynamik auszugehen als bisher.

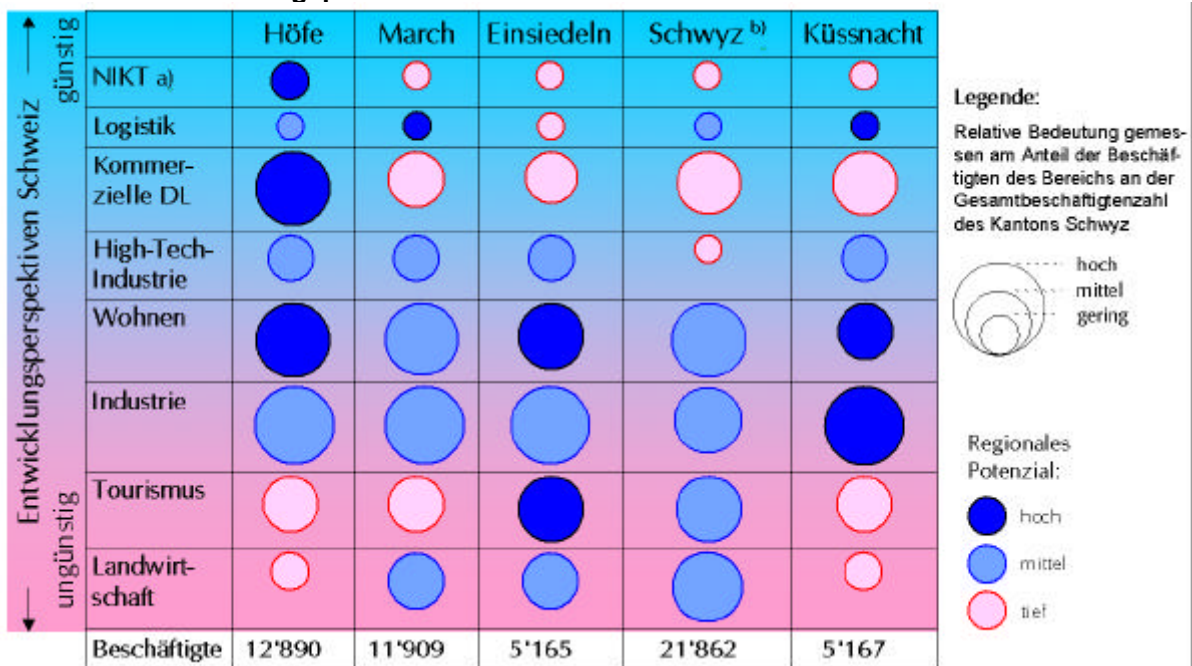
4. Potenziale, Problemfelder und Herausforderungen

4.1 Potenziale und Perspektiven des Wirtschaftsstandortes und Wohnortes Kanton Schwyz

Die **bedeutendsten Potenziale** des Kantons Schwyz werden auf Grund der dargestellten Analysebefunde vor allem im **Wohnbereich** gesehen (vgl. Abb. 3):

- Tiefe Steuerbelastung für natürliche Personen
- Nähe zu den Wirtschaftsräumen Zürich, Zug und Luzern (wenige „abgelegene“ Regionen)
- Hohe, „ländliche“ Wohnqualität (Berg- und Seelandschaft, Ruhe, sozial intaktes Umfeld etc.).

Abb. 3: Entwicklungspotenziale nach Wirtschaftsbereichen



Grafik: BHP – HANSER UND PARTNER AG

a) NIKT = Neue Informations- und Kommunikationstechnologien; b) inkl. Gersau

Relativ **begrenzte, punktuelle Ausbaupotenziale** bestehen hingegen im **Arbeitsplatzbereich**:

- Finanz- und Unternehmensdienstleistungen konzentrieren sich an steuerlich attraktiven, verkehrsmässig topperschlossenen Standorten (vgl. Bezirk Höfe)
- „Moderne“, technologisch anspruchsvolle Industriezweige (z.B. Medizinaltechnik, Präzisionsinstrumente, Elektronik/Elektrotechnik) bevorzugen gut erschlossene Zentren der Innerschwyz (Raum Küssnacht - Arth und evtl. Talkessel Schwyz)

- Potenziale für versorgungsorientierte Nutzungen und industrielle Aktivitäten bestehen auch an gut erschlossenen Standorten am Rand der Agglomeration Zürich (z.B. in der March).
- Intakte Entwicklungsmöglichkeiten ergeben sich auch für Nischenanbieter in traditionellen Wirtschaftszweigen (inkl. Industrie und Tourismus).

Auf Grund der bestehenden Potenziale des Kantons Schwyz im Wohn- und Arbeitsplatzbereich sowie angesichts der übergeordneten Entwicklungen ergeben sich für den Kanton Schwyz folgende mittelfristigen **Perspektiven**:

- Wegen der relativ schwachen Wachstumsdynamik der Schweiz sind die Wachstumsmöglichkeiten für den Kanton Schwyz ebenfalls begrenzt.
- Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Kanton Schwyz – v.a. im Bevölkerungsbereich – im Vergleich zum schweizerischen Mittel auch weiterhin überdurchschnittliche Wachstumsraten verzeichnet⁷. Ein Grund für die weitere Aufwertung als Wohnort sind absehbare Verbesserungen der Verkehrsanbindung an den Raum Zürich. Gewisse Unsicherheiten bestehen jedoch bezüglich der künftigen Stellung des Flughafens Zürich und möglicher Auswirkungen des neuen An- und Abflug-Regimes (vgl. aktuelle Fluglärmdebatte).
- Der Unternehmens- und Arbeitsplatzstandort Kanton Schwyz kommt unter einen verstärkten Anpassungsdruck. Beschäftigungsszenarien führen dabei zu folgendem Befund:
 - Selbst wenn sich die Finanzplatzaktivitäten und die Anbindung an den internationalen Flugverkehr weiterhin positiv entwickeln, vermögen die zukunfts-trächtigen Wirtschaftsbereiche den Verlust in den traditionellen Branchen annähernd zu kompensieren.
 - Falls sich für den Finanzplatz und/oder für den internationalen Flugverkehr ab Zürich negative Entwicklungen ergeben, sind die Perspektiven für den Kanton Schwyz erheblich ungünstiger.

Fazit: Das weitere Wirtschaftswachstum im Kanton Schwyz dürfte in den kommenden Jahren primär vom Bevölkerungszuwachs getragen werden, weil eine grössere Bevölkerung auch mehr Produkte und Dienstleistungen aus der Schwyzer Wirtschaft nachfragt (Bau, Gewerbe, Konsum etc.). Begrenzte Chancen bestehen für die wirtschaftliche Entwicklung von Betrieben, die Arbeitsplätze schaffen wollen. Der Bezirk Höfe sowie gut erschlossene Teile der March und des inneren Kantonsteils befinden sich in beiden Bereichen in einer günstigen Ausgangslage.

⁷ Vgl. z.B. Bevölkerungsprognose des Bundesamtes für Statistik vom Februar 2004.

4.2 Zukunftsbezogene Problembereiche

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Potenziale und Perspektiven werden für die künftige Entwicklung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Kanton Schwyz folgende **Problembereiche** geortet:

- Von der Wirtschaft sind angesichts der generellen Wachstumsschwäche der Schweiz eher schwächere Impulse zu erwarten als bisher. Die **wirtschaftliche Erneuerung der traditionellen Wirtschaftsbereiche im Kanton Schwyz ist deshalb schwierig**⁸. Ein kantonales Wachstum lässt sich am ehesten erreichen, wenn die Schwyzer Wirtschaft sich in der Weise mit dem Wirtschaftsraum Zürich vernetzt, dass sie am Wachstum dieses Raums partizipieren kann. Voraussetzung ist, dass der Grossraum Zürich weiterhin wächst.
- Die **Abhängigkeit der Schwyzer Volkswirtschaft von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Agglomeration Zürich** (vgl. auswärtige Arbeitsplätze der Schwyzer Erwerbsbevölkerung, spezialisierte Dienstleistungen für den Finanzplatz Zürich) verstärkt sich. Dadurch erhöhen sich nicht nur die Chancen sondern auch die **Risiken** (z.B. Wettbewerbseinbussen des interkontinentalen Flughafens Zürich; tendenzielle Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz).
- Vor allem im äusseren Kantonsteil zeigen sich zunehmende **„Schattenseiten“ des Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Siedlungswachstums** (Verkehrsengpässe, hohes Boden- und Mietpreisniveau etc.). Sie haben punktuell negative Auswirkungen auf die Qualität der Wohn- und Unternehmensstandorte.
- Die **ausgeprägten regionalen Unterschiede** hinsichtlich Faktoren wie Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur, grossräumige Verkehrsanbindung, Zustand der kommunalen Finanzhaushalte etc. werden wegen unterschiedlicher regionaler Potenziale Bestand haben oder sich gar noch verschärfen. Die „Welt der zwei Geschwindigkeiten“ birgt indessen zunehmende Risiken.
- Die **Standortvorteile** des Kantons Schwyz basieren stark auf der **hohen steuerlichen Attraktivität** für juristische und natürliche Personen. Die vorwiegend auf die Steuergunst abgestützte Wirtschaftspolitik birgt jedoch einerseits ein zunehmendes „Klumpenrisiko“. Andererseits bietet der Standortfaktor **Steuerattraktivität** angesichts der skizzierten Schwächen in der Wirtschaftsstruktur und den wahrscheinlich weiter steigenden Aufwendungen der öffentlichen Hand (vgl. wachsende Infrastrukturausgaben, zunehmende Belastungen auf Grund sozio-demographischer Entwicklungen) **nur noch ein begrenztes Optimierungspotenzial**.
- Zu den Standorttrümpfen des Kantons Schwyz zählen auch die **hohe Lebens- und Umweltqualität sowie gute Verkehrsverbindungen in die Zentren**. Diese Standortvorteile gilt es zu erhalten. Insbesondere im äusseren Kantonsteil und in anderen wachstumsbegünstigten Gebieten ist sicherzustellen, dass der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (v.a. Verkehrsangebote) mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum Schritt hält.

⁸ Nischenstrategien können für einzelne Unternehmen jedoch weiterhin erfolgversprechend sein (vgl. z.B. Entwicklung der bereits vorhandenen „Unternehmens-Perlen“ im Kanton Schwyz).

- Die Perspektiven für den **kantonalen Finanzhaushalt** präsentieren sich angesichts der bestehenden Aussichten schwieriger (Umverteilung und Zunahme von Lasten bei beschränktem Ertragspotenzial). Daraus ergibt sich zum einen ein Zwang zur Fortführung des bereits praktizierten Kostenmanagements. Zum anderen kommt mit Blick auf die Aufrechterhaltung des finanziellen Handlungsspielraums auch einem attraktiven Steuersubstrat weiterhin zentrale Bedeutung zu.

4.3 Herausforderungen

Für den Kanton Schwyz werden im Bereich Wirtschaft und Wohnen folgende Herausforderungen geortet:

- **Weitere Vertiefung** der faktisch bereits engen wirtschaftlichen Verflechtungen der Schwyzer Teilräume mit den benachbarten Wirtschaftsräumen.
- Hinwirken auf eine wertschöpfungsstärkere **Wirtschaftsstruktur** bestehend aus Branchen / Betrieben mit intakten Entwicklungsperspektiven.
- Erhalt der „**Standorttrümpfe**“ (Steuerbelastung, Wohn- und Umweltqualität, überregionale Erschliessung etc.), insbesondere auch für bereits ansässige Unternehmen und die Bevölkerung.
- Hinwirken auf eine **koordinierte Siedlungsentwicklung**, welche sich an bestehenden Potenzialen im Kanton Schwyz orientiert (Wohnen und Wirtschaft).
- Eindämmen negativer „**Auswüchse**“ des **Wirtschafts- und Siedlungswachstums** in den betroffenen Regionen.
- Aufrechterhaltung des **finanziellen Handlungsspielraumes** der öffentlichen Hand.
- **Akzeptanz schaffen** für eine zukunftsgerichtete Standortpolitik unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Standortvoraussetzungen im Kanton.

5. Zielsetzungen des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen

5.1 Bisherige Strategie und Zielsetzungen

Der Kanton Schwyz verfolgte bisher eine implizite Strategie der **Wachstumsförderung über Rahmenbedingungen**, verbunden mit einem relativ **stark ausgeprägten innerkantonalen Föderalismus** und **regionalem Ausgleich**:

- Wachstum in den Bereichen Wohnen und Finanzdienstleistungen
- Ausgleich zwischen Regionen und Sektoren

Die **bisherige Strategie** ist jedoch noch nicht abgestimmt auf die künftigen Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich.

Die Analyse der **bisherigen Zielsetzungen** zeigt, dass sich die Politik im Kanton Schwyz in der Vergangenheit auf die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen (v.a. im Bereich Steuern) konzentrierte. Auf eine Formulierung expliziter Zielsetzungen für die gezielte Förderung von bestehenden Potenzialen in den Bereichen Wirtschaft und Wohnen wurde bisher weitgehend verzichtet.

5.2 Prämissen einer wachstumsorientierten Strategie

In Zeiten knapper öffentlicher Finanzen muss in der Wirtschaftspolitik die Zielkomponente des Wachstums gegenüber der Komponente des Ausgleichs an Bedeutung gewinnen. Nur mit den aus dem Wachstum generierten Mitteln können allfällige Ausgleichsziele verwirklicht werden. Deshalb bilden die folgenden Prämissen, welche auf die Leitidee einer **wachstumsorientierten Strategie** ausgerichtet sind, eine wichtige Grundlage für die Ableitung der Zielsetzungen einer künftigen kantonalen Strategie:

- Die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz richtet sich verstärkt auf die bestehenden **Stärken** und **Potenziale** der einzelnen Standorte aus.
- Die bestehenden Finanzperspektiven zwingen zu einem konzentrierten Mitteleinsatz an potenzialreichen Standorten. Generell lässt sich der Kanton bei seinen Entscheidungen und Handlungen verstärkt von **langfristigen Kosten-Nutzen-Überlegungen** leiten.
- Der Kanton sieht seine Handlungsmöglichkeiten primär im Bereich der Gestaltung günstiger **Rahmenbedingungen** und der Erfüllung **notwendiger Voraussetzungen**.
- Die Strategie ist auf Massnahmen gerichtet, die vom Kanton direkt und indirekt **beeinflusst** werden können.
- **Für die verschiedenen Teilräume des Kantons Schwyz werden differenzierte Strategien** angestrebt, die den unterschiedlichen Entwicklungspotenzialen in den Regionen Rechnung tragen (regionale Differenzierung).
- Der Kanton will seine bisherigen Anstrengungen im Bereich der **nachhaltigen Entwicklung** auch künftig fortführen.

5.3 Zielsetzungen des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen

Auf der Grundlage der durchgeführten Stärken-/Schwächen- und Chancen-/Gefahren-Analyse hat der Regierungsrat für den Kanton Schwyz eine Leitidee mit folgenden Zielsetzungen formuliert:

Leitidee:

- Der Kanton Schwyz gehört auch in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in den Bereichen Wirtschaft und Wohnen zu den attraktivsten Kantonen in der Schweiz.

Zielsetzungen:

- Der Kanton Schwyz ist ein attraktiver Kanton zum Wohnen und zum Arbeiten.
- Der Kanton schafft die Voraussetzungen für ein weiteres geordnetes Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft.
- Der Kanton lässt den Strukturwandel in den traditionellen Branchen zu.
- Der Kanton positioniert sich auch künftig unter den drei Kantonen mit der günstigsten Steuerbelastung in der Schweiz. Er strebt zudem an, die Steuereinnahmen von natürlichen und juristischen Personen breiter abzustützen.
- Der Kanton schafft die Rahmenbedingungen, damit er in Bezug auf die Lebens- und Wohnqualität zu den bevorzugten Kantonen gehört.

Diese Zielsetzungen sind richtungsweisend für die künftige wirtschaftspolitische Strategie des Kantons Schwyz und die daraus abzuleitenden Massnahmen und Instrumente.

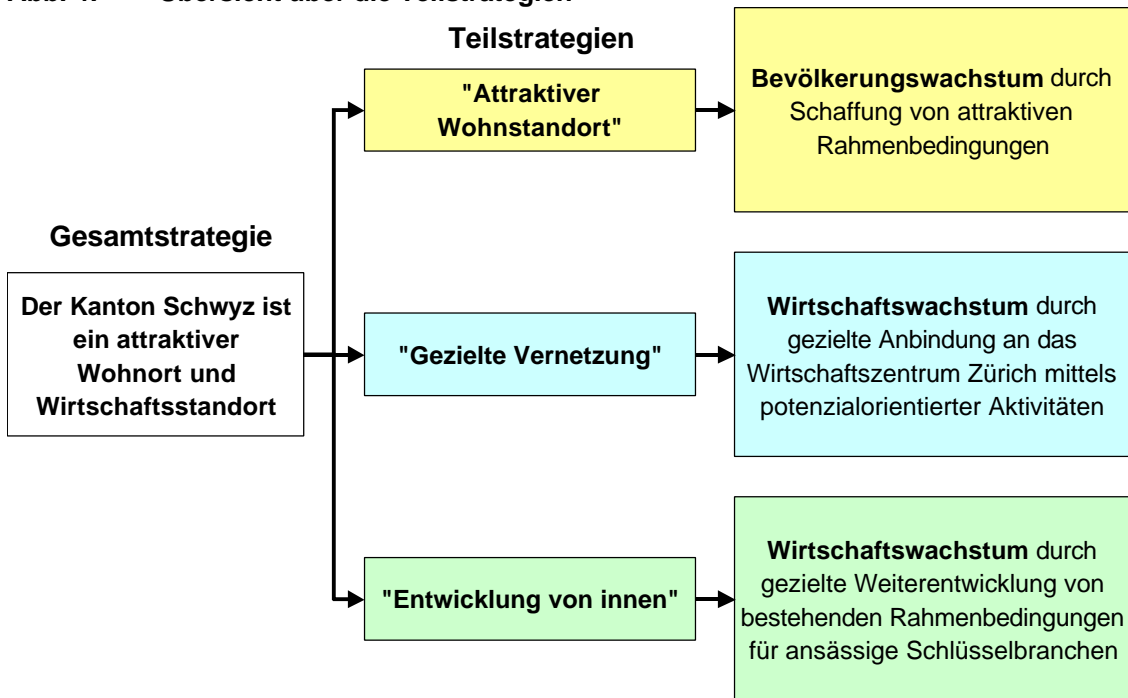
6. Strategie des Kantons Schwyz für die Bereiche Wirtschaft und Wohnen

6.1 Einleitung

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Strategiediskussion verschiedene Varianten geprüft, welche sich deutlich voneinander unterscheiden. Er kam zum Schluss, dass sich mit Blick auf die formulierten Zielsetzungen keine der untersuchten Varianten als Einzelstrategie eignet. Die Standortvoraussetzungen im Kanton sind zu unterschiedlich, um eine einzige Strategievariante erfolgreich umsetzen zu können.

Der Regierungsrat setzt sich deshalb in den Bereichen Wirtschaft und Wohnen für eine **Mischstrategie** aus drei Teilstrategien ein, die **gleichgewichtig** und **regional differenziert** zum Tragen gebracht werden sollen. Die einzelnen Teilstrategien werden im Folgenden kurz vorgestellt (vgl. Abb. 4).

Abb. 4: Übersicht über die Teilstrategien



6.2 Teilstrategie „Attraktiver Wohnstandort“

6.2.1 Charakterisierung

Der Kanton Schwyz profiliert sich als Wohnstandort, auch für das gehobene Wohnsegment sowie für Familien. Dabei erwartet der Kanton Schwyz Nachfrageimpulse aus den umliegenden Agglomerationen.

6.2.2 Voraussetzungen

Wichtige Voraussetzungen, um ein attraktiver Wohnort zu sein, sind eine niedrige Steuerbelastung für natürliche Personen, ausreichend viel Wohnbauland und Wohnraum an gut geeigneter Lage. Dabei spielen Faktoren wie See- und/oder Bergsicht, genügend Umschwung sowie die Wahrung der Privatsphäre eine zentrale Rolle. Wichtig sind zudem leistungsfähige Verkehrsverbindungen in die grösseren Zentren und zum Flughafen Zürich. Weitere Voraussetzungen bilden eine hohe Umwelt- und Aufenthaltsqualität mit minimalen Immissionen sowie eine Infrastruktur, welche optimal auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt ist (z.B. internationale Schulen, hohe Qualität des Gesundheitswesens, zeitgemässe Freizeiteinrichtungen).

Für Familien muss zum Beispiel mit Blick auf eine allfällige ausserkantonale Schul- oder Berufsbildung der Kinder vor allem auch im Umfeld des öffentlichen Verkehrs ein ausreichendes und erschwingliches Wohnangebot vorhanden sein. Die Nähe zur haushaltorientierten Grundinfrastruktur (Schulen, Ärzte und Spitäler, Läden, Freizeiteinrichtungen) sowie zeitgemässe Angebote (z.B. ausserfamiliäre Betreuung) ist ebenfalls wichtig.

6.2.3 Engpässe

An guten Lagen, insbesondere im äusseren Kantonsteil, wird das Wohnraumangebot zusehends knapper. Ein Problem stellen auch die vermehrten Verkehrsengpässe entlang der A3 und im Raum Pfäffikon-Lachen-Seedamm dar. Die Siedlungs- und Wohnqualität wird vor allem in Gebieten, welche in den letzten Jahren stark gewachsen sind, zunehmend beeinträchtigt. Nicht zuletzt scheint es, dass die Zonenplanungen der Gemeinden häufig zu wenig auf die Bedürfnisse potenzieller Investoren abgestimmt sind (mangelnde Verfügbarkeit geeigneter Flächen als Folge ungenügender Einzonung, fehlender Erschliessung und/oder fehlender Angebote von Flächen, die zwar eingezont sind, aber auf dem Markt nicht angeboten werden).

6.2.4 Was kann die Politik tun?

Die Politik kann diese Teilstrategie unterstützen, indem sie

- die Raumplanung stärker auf vorhandene Entwicklungspotenziale ausrichtet, etwa mittels Bezeichnung von Vorzugsgebieten für das Wohnen
- im Rahmen der Siedlungsplanung die einzelnen Grundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Einkaufen und Erholen) optimal aufeinander abstimmt, damit Nutzungskonflikte sowie Verkehrs- und Umweltbelastungen verringert oder vermieden werden können. Dies bildet eine wesentliche Voraussetzung für den längerfristigen Erhalt bzw. die Verbesserung der Qualität in Wohngebieten und Ortskernen.
- an der Politik der niedrigen Steuerbelastung festhält bzw. auf ein attraktives Steuerklima in den Gemeinden hinwirkt
- sich für attraktive Verkehrsverbindungen in die umliegenden Zentren und zum Flughafen Zürich einsetzt (öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr)
- die Intercity-Halte in den Regionalzentren Pfäffikon und Arth-Goldau sichert
- Voraussetzungen für eine erleichterte ausserfamiliäre Kinderbetreuung schafft
- die Erschliessung von Wohngebieten sicherstellt und allenfalls gemeinsam mit Promotoren und Absatzmittlern entwickelt

Über die erwähnten Handlungsmöglichkeiten der Politik hinaus können Aktivitäten aus dem privatwirtschaftlichen Bereich die Umsetzung der Teilstrategie unterstützen, z.B. private Schulangebote, private Angebote im Gesundheitsbereich u.a.m.

6.3 Teilstrategie „Gezielte Vernetzung“

6.3.1 Charakterisierung

Das Wachstum der Agglomeration Zürich erfasst - ursprünglich von der Stadt Zürich ausgehend - immer weiter entfernte, noch ländlich geprägte Gebiete. Von dieser Entwicklung profitieren heute z.B. auch Gemeinden in den benachbarten Kantonen Aargau, Thurgau und Schwyz. Bei dieser Teilstrategie nutzt der Kanton Schwyz gezielt die Nähe zum Wirtschaftsstandort Zürich sowie die Tatsache, dass der Boden in zentrumsnahen Lagen für zusätzliche Wirtschaftsaktivitäten in der Regel immer knapper und kostspieliger wird. Bei seinen Ansiedlungsbemühungen möchte sich der Kanton

Schwyz vor allem als Standort für Unternehmen anbieten, die einen Standort in der weiteren Agglomeration Zürich einem stadtnahen Standort vorziehen. Der Kanton möchte sich dabei weiterhin in erster Linie auf das bedeutendste Segment der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) ausrichten.

6.3.2 Voraussetzungen

Leistungsfähige Verkehrsverbindungen zwischen den Arbeitsplatzschwerpunkten im Kanton Schwyz und den benachbarten Wirtschaftszentren stellen eine Grundvoraussetzung dieser Teilstrategie dar. Speziell an überregional gut erschlossenen Standorten, z.B. in Autobahnnähe, sollten ausreichende Industrie- bzw. Gewerbeflächen verfügbar sein. Wichtige Erfordernisse sind ausserdem vergleichsweise attraktive Steuerfüsse von Kanton, Bezirk und Gemeinden für juristische Personen.

6.3.3 Engpässe

Auf Grund der durchgeführten Stärken-Schwächen-Analyse ist die Verfügbarkeit von Industrie-/Gewerbe-Land insbesondere an Standorten mit günstigen Entwicklungsmöglichkeiten nicht optimal.

Gemeinden haben häufig noch wenig klare Vorstellungen, wie sich die örtlichen wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale am besten nutzen lassen. Sie haben sich bisher selten mit der Frage befasst, welche spezifischen Anforderungen ein Betrieb einer bestimmten Branche an den jeweiligen Standort stellt, und welche Flächen für welche Nutzungen vorgesehen werden sollten.

Entwicklungshemmnisse ergeben sich im Weiteren durch die zunehmenden Verkehrsengpässe. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem die immer häufiger auftretenden Verkehrsüberlastungen entlang der A3 und im Raum Pfäffikon-Lachen-Seedamm. Im öffentlichen Verkehr erweist sich die Verkehrsdrehscheibe Zürich als ein Hauptengpass.

6.3.4 Was kann die Politik tun?

Die Politik kann diese Teilstrategie unterstützen, indem sie

- in der Richtplanung und Nutzungsplanung die an den jeweiligen Standorten gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten konsequent beachtet und für Wirtschaftsbereiche mit speziellen Standortanforderungen Vorranggebiete festlegt (→ so genannte potenzialorientierte Raumplanung)

Begriff: Potenzialorientierte Raumplanung

Unter potenzialorientierter Raumplanung wird die Ausrichtung der Raumplanung auf die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten eines Standortes verstanden. Das heisst, an einem Standort werden jene Nutzungen ermöglicht, für die er besonders gut geeignet ist.

- zur Verminderung von Nutzungskonflikten und Verkehrsproblemen die einzelnen Nutzungsarten im Rahmen der Siedlungsplanung optimal aufeinander abstimmt (vgl. Kap. 6.2.4)

- die Verkehrsinfrastruktur bzw. das Verkehrsangebot entsprechend der Nachfrage gestaltet und zur Begrenzung der Immissionen geeignete flankierende Massnahmen vorsieht
- ihre Handlungsspielräume nutzt, um das Steuerklima im Kanton bzw. in den Gemeinden (weiterhin) möglichst attraktiv zu gestalten.

6.4 Teilstrategie „Entwicklung von innen“

6.4.1 Charakterisierung

Von einer „Entwicklung von innen“ (endogene Entwicklung) spricht man, wenn eine Region für ihre wirtschaftliche Entwicklung hauptsächlich auf ansässige und/oder neu angesiedelte Schlüsselbranchen setzt. Basis für die Entwicklung im Kanton Schwyz sollen bei dieser Teilstrategie eine gezielte Weiterentwicklung resp. Stärkung traditioneller Schlüsselbranchen (vgl. Landwirtschaft, Metalle/Maschinen, Holz/Möbel, Tourismus) sowie die Ansiedlung moderner Wirtschaftsaktivitäten mit Zukunftschancen bilden (z.B. spezielle Finanz- und Unternehmensdienstleistungen).

Im Fokus dieser Teilstrategie steht in erster Linie die Unterstützung innovativer Unternehmen und Projekte mit intakten Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Zielsetzung ist dabei die verbesserte Nutzung des Humankapitals im Kanton Schwyz (vgl. hoher Anteil Jugendlicher, viele Wegpendler). Im Zentrum soll dabei weiterhin das starke KMU-Segment stehen.

6.4.2 Voraussetzungen

Der Erfolg dieser Strategie hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Wichtige Voraussetzungen bilden z.B.

- eine vergleichsweise niedrige Steuerbelastung für juristische Personen
- die Verfügbarkeit ausreichender Gewerbeflächen an überregional gut erschlossenen Standorten (i.d.R. in Autobahnnähe).
- niedrige administrative Hürden für Neuansiedlungen und Neugründungen
- das Vorhandensein eines geeigneten „Nährbodens“ für Innovationen in der ansässigen Wirtschaft. Dem laufenden Wissensaustausch zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft kommt dabei strategische Bedeutung zu.
- ein unkomplizierter Zugang von Jungunternehmern und Investoren zu Risikokapital und zu günstigen Finanzierungsmöglichkeiten

Nicht zuletzt ist von entscheidender Bedeutung, ob der Kanton Schwyz von potenziellen Investoren im In- und Ausland als ein attraktiver Unternehmensstandort wahrgenommen wird (hoher Bekanntheitsgrad, gutes Image).

6.4.3 Engpässe

Die Schwyzer Wirtschaft gilt im kantonalen Vergleich als unterdurchschnittlich innovativ, bzw. es bestehen Defizite bei der Umsetzung von Innovationen am Markt. Handlungsbedarf besteht in manchen Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) auch be-

züglich des betriebswirtschaftlichen Know-how. Die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Hochschulen ist ausbaufähig.

Nachteile werden ausserdem in den hohen Innovationskosten und in den schwierigen Finanzierungsmöglichkeiten gesehen. Erschwerend kommt dazu, dass es im Kanton Schwyz verhältnismässig wenige Arbeitsplätze für karriereorientierte, hochqualifizierte Erwerbstätige gibt.

6.4.4 Was kann die Politik tun?

Die Politik kann – gemeinsam mit Dritten – der Teilstrategie „Entwicklung von innen“ positive Impulse geben, in dem sie

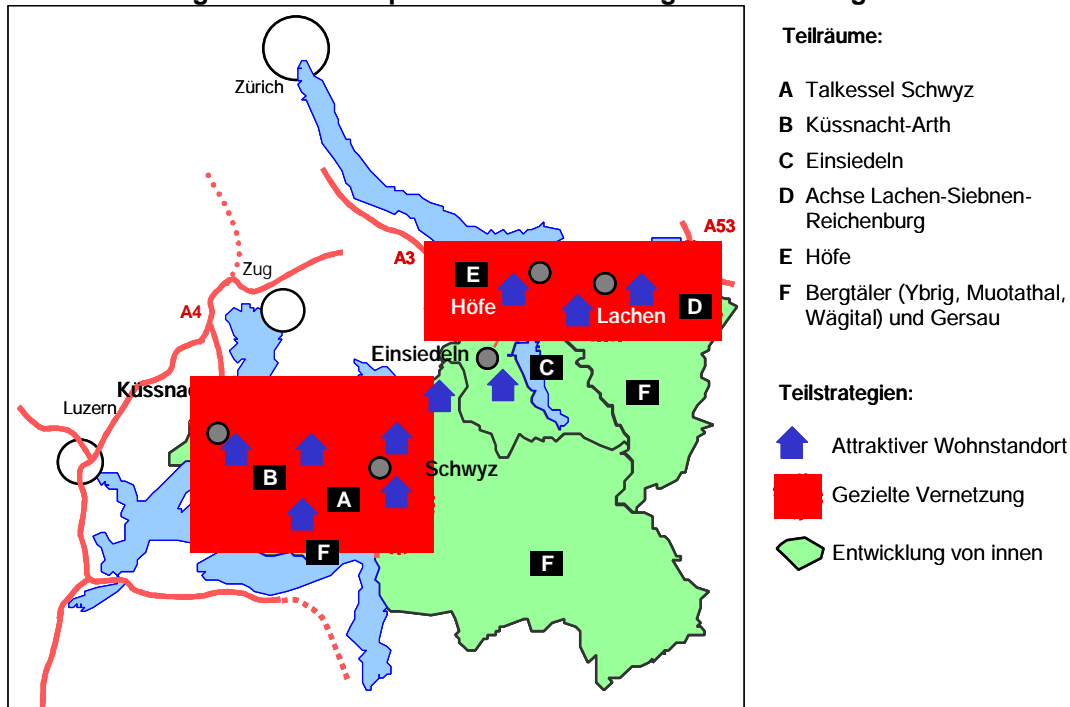
- die Rahmenbedingungen, welche für ansässige Betriebe in den Bereichen Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Tourismus massgebend sind (z.B. gute Dienste, administrative Entlastung, Steuern, Bauland etc.), weiter optimiert,
- den Aufbau bzw. den Ausbau des Netzwerkes Wirtschaft – Hochschulen unterstützt,
- die überbetriebliche Kooperation und den Aufbau von Unternehmensnetzwerken begünstigt (Know-how- und Technologietransfer),
- im Rahmen der Wirtschaftsförderung professionelle Dienste anbietet und wirksame Instrumente einsetzt (vgl. Ansiedlungspolitik, Standortmarketing, Innovationsförderung, Bestandespflege).

6.5 Regional unterschiedliche Schwerpunkte der Umsetzung

Die unterschiedlichen regionalen Entwicklungspotenziale im Kanton Schwyz legen nahe, bei der Umsetzung der beschlossenen Teilstrategien regionale Schwerpunkte zu setzen. Die einzelnen Teilstrategien in den verschiedenen Regionen sind demzufolge unterschiedlich zu gewichten. Für die nachfolgend definierten Teilräume im Kanton Schwyz werden vom Regierungsrat jeweils **schwergewichtig** folgende Teilstrategien vorgesehen (vgl. Abb. 5 und 6):

Abb. 5: Strategische Hauptausrichtung der verschiedenen Teilräume

Teilraum	Teilstrategien
Talkessel Schwyz	Gezielte Vernetzung & Attraktiver Wohnstandort
Küssnacht-Arth	Gezielte Vernetzung & Attraktiver Wohnstandort
Einsiedeln	Attraktiver Wohnstandort & Entwicklung von innen
Achse Lachen-Siebenen-Reichenburg	Gezielte Vernetzung & Attraktiver Wohnstandort
Höfe	Gezielte Vernetzung & Attraktiver Wohnstandort
Bergtäler (Ybrig, Muotathal, Wägital) und Gersau	Entwicklung von innen

Abb. 6: Regionale Schwerpunkte der Umsetzung der Teilstrategien

Grafik: BHP – HANSER UND PARTNER AG

6.6 Fazit zur definierten Strategie des Kantons Schwyz

- Mit der künftigen Strategie für Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz schafft der Regierungsrat die Voraussetzungen für eine **Fortschreibung der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung** der vergangenen Jahre.
- Die neue Strategie basiert auf der **bisher verfolgten Strategie**, setzt jedoch **zusätzliche Akzente**, die wegen der absehbaren übergeordneten Entwicklungen notwendig sind.
- Die neuen Akzente zeigen sich vor allem in folgenden Bereichen:
 - Der Kanton orientiert sich im Rahmen seiner Aktivitäten vermehrt **an den wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen**.
 - Die zunehmende Bedeutung des **Wirtschaftsraumes Zürich** für die Entwicklung des Kantons Schwyz wird verstärkt berücksichtigt. Eine isolierte Entwicklung des Kantons Schwyz wäre auf Grund der vorhandenen Wirtschaftsstruktur sowie der bestehenden Standortpotenziale mit Wachstumseinbussen verbunden.
 - Auf Grund unterschiedlicher Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Kantonsteilen werden die **Teilstrategien bei der Umsetzung in den Regionen unterschiedlich gewichtet**.

- Es besteht die Erkenntnis, dass eine **koordinierte Raum-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung** im Kanton für die erfolgreiche Erschliessung der bestehenden Entwicklungspotenziale massgebend sein wird.
- Im Hinblick auf die verbesserte Anbindung des inneren Kantonsteils an den **Wirtschaftsraum Zürich** (A4 im Knonaueramt) sind rechtzeitig die **Voraussetzungen für eine geordnete Entwicklung zu schaffen.**

7. Stossrichtungen und Massnahmen für die Umsetzung der Strategie

Für die Umsetzung der oben dargestellten Gesamtstrategie in den Bereichen Wirtschaft und Wohnen hat der Regierungsrat folgende Stossrichtungen definiert:

7.1 Weiterführung von Bewährtem

7.2 Potenzialorientierte Raumentwicklung

7.3 Optimierung der staatlichen Infrastrukturen und Leistungen

Im Folgenden werden die einzelnen Stossrichtungen und die zugehörigen Massnahmen erläutert. Dabei wird zuerst auf die Rolle der einzelnen Stossrichtungen für die Umsetzung der drei Teilstrategien eingegangen. Anschliessend werden die verfolgten Zielsetzungen dargelegt und die Inhalte der Stossrichtungen in kurzer Form beschrieben. Für die Umsetzung der aus den Stossrichtungen abgeleiteten Massnahmen unterscheidet der Regierungsrat zwei verschiedene Handlungsebenen:

- Einerseits gibt es Massnahmen, die durch den Kanton selber umgesetzt werden können. Dazu gehören sowohl gesetzliche Anpassungen des kantonalen Rechts als auch andere Massnahmen, die im bereits bestehenden gesetzlichen Rahmen verwirklicht werden.
- Andererseits kann die Strategie des Regierungsrates nur dann erfolgreich realisiert werden, wenn sich auch Akteure auf Gemeinde-⁹ und Regionsebene sowie aus der Wirtschaft (Verbände und Unternehmen) im Sinne der Strategie einsetzen. Im vorliegenden Dokument werden auch flankierende Massnahmen vorgeschlagen, mit denen andere Akteure die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie aktiv unterstützen können.

7.1 Weiterführung von Bewährtem

⁹ Unter Gemeinden werden auch Eingemeinde-Bezirke verstanden.

7.1.1 **Übereinstimmung mit der Gesamtstrategie bzw. mit den Teilstrategien**

Die Massnahmen dieser Stossrichtung sind auf die Umsetzung aller drei Teilstrategien ausgerichtet.

7.1.2 **Zielsetzung**

Fortführen der bewährten Aktivitäten. Neue Akzentsetzung und punktuelle Anpassung der Massnahmen, wo dies aufgrund veränderter Umfeldbedingungen angezeigt ist.

7.1.3 **Umschreibung**

Die vom Kanton Schwyz in den vergangenen Jahren verfolgte Strategie für Wirtschaft und Wohnen kann als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Aus diesem Grund sollen jene Massnahmen, die sich in der Vergangenheit gut bewährt haben und die auch unter veränderten Umfeldbedingungen noch Erfolg versprechen, weiter geführt werden.

Folgende Massnahmenbereiche gehören dazu:

- **Massnahmen zur Optimierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für bereits ansässige und für neue Firmen.**

Bisher konzentrierte sich der Kanton Schwyz in diesem Bereich vor allem auf die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (insbesondere Steuern). Der Regierungsrat will auch im Rahmen der Umsetzung der Gesamtstrategie für Wirtschaft und Wohnen nicht von dieser Politik abweichen. Für diese Entscheidung sind zwei Argumente massgebend: Einerseits lehnt es der Regierungsrat wegen möglicher Wettbewerbsverzerrungen ab, weitere Instrumente der einzelbetrieblichen Unterstützung zu schaffen. Andererseits verfügt der Kanton Schwyz nicht über die notwendigen finanziellen und personellen Mittel, um eine auf einzelne Unternehmen ausgerichtete Wirtschaftsförderung im Stile anderer Kantone zu betreiben.

- **Massnahmen zur optimalen Ausschöpfung von Potenzialen in traditionellen Branchen**

Die absehbaren Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes werden auch in den traditionellen Branchen der Schwyzer Wirtschaft zu einer erhöhten Wettbewerbsintensität führen: Neue Anbieter kommen auf den Markt, und die Preise für herkömmliche Produkte und Dienstleistungen geraten vermehrt unter Druck. Zudem werden die Kunden anspruchsvoller und preisbewusster.

Unternehmen, die sich in diesem Umfeld erfolgreich behaupten wollen, müssen ihre wirtschaftlichen Aktivitäten konsequent auf die Bedürfnisse des Marktes ausrichten. Ausserdem sind neue, innovative Angebote, welche für die Kunden einen Mehrwert schaffen und sich von herkömmlichen, austauschbaren Leistungen unterscheiden, notwendig. Diese Herausforderungen können im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld in der Regel nur bewältigt werden, wenn die einzelnen Marktpartner entlang der Wertschöpfungsketten verstärkt zusammenarbeiten und ihre Leistungen optimal aufeinander abstimmen.

Der Kanton Schwyz hat – angesichts der Bedeutung der traditionellen Branchen für die Schwyzer Wirtschaft – ein starkes Interesse, die Wertschöpfung dieser

Branchen im Kanton zu halten bzw. auszudehnen. Aus diesem Grund sieht der Regierungsrat den Schwerpunkt der Massnahmen in diesem Bereich bei der Unterstützung von Projekten, welche innovative, firmenübergreifende Angebote von verschiedenen Marktpartnern im Kanton realisieren wollen (Optimierung und Vernetzung von Wertschöpfungsketten).

- **Massnahmen zur Schaffung von gezielten Rahmenbedingungen für die Erweiterung des Steuersubstrates**

Der Hauptteil der kantonalen Steuereinnahmen von natürlichen Personen stammt bisher von einer relativ kleinen Anzahl von Personen. Der Regierungsrat beabsichtigt, diese Basis von Steuerzahlern durch eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen im Wohnbereich zu erweitern. Damit sollen die einnahmenseitigen Risiken für den Kanton weiter reduziert werden.

Der Schwerpunkt der Massnahmen in diesem Bereich sieht der Regierungsrat in der Weiterentwicklung der Standortpromotion für den Wohnbereich. Zudem will der Regierungsrat im fiskalischen Bereich die Rahmenbedingungen attraktiv halten.

- **Massnahmen zur Sensibilisierung von Bevölkerung, Politik und Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenhänge**

Die erfolgreiche Umsetzung einer verstärkt wachstumsorientierten Gesamtstrategie für Wirtschaft und Wohnen ist auch abhängig von der Einstellung der Bevölkerung sowie von Vertretern der Politik und der Verwaltung zur wirtschaftlichen Entwicklung. Ohne Kenntnis der wichtigsten Zusammenhänge und ohne eine positive Einstellung zum angestrebten Wachstum können Widerstände entstehen, welche die Verwirklichung der vorgesehenen Massnahmen erschweren oder verunmöglichen. Aus diesem Grund will der Regierungsrat für die Umsetzung der Gesamtstrategie für Wirtschaft und Wohnen auch bei der Sensibilisierung für die wirtschaftlichen Zusammenhänge einen Schwerpunkt setzen.

Die Massnahmen auf kantonaler Ebene werden für diese Stossrichtung schwergewichtig durch die kantonale Wirtschaftsförderung und die kantonale Steuerverwaltung umgesetzt. Bei den übrigen Massnahmen sind sowohl die Gemeinden und die Regionen als auch die Privatwirtschaft gefordert.

7.1.4 Massnahmen des Kantons

Was	Priorität	Handlungsebene
a) Weiterführen einer attraktiven Fiskalpolitik , die gewährleistet, dass die attraktiven steuerlichen Rahmenbedingungen für natürliche und juristische Personen beibehalten werden können	1	Kanton, Bezirke, Gemeinden
b) Laufende Optimierung der Beziehungspflege zu bereits ansässigen Unternehmen durch die Wirtschaftsförderung unter Einbezug der beteiligten Akteure im Kanton, den Regionen und den Gemeinden	1	Kanton, Regionen, Gemeinden
c) Weitere Optimierung der Zusammenarbeit und der Koordination zwischen der kantonalen Wirtschaftsförderung und den regionalen Standortpromotionsstellen; inkl. Förderung der Kompetenz von lokalen Behörden- und Verwaltungsvertretern (z.B. „Was kann die Gemeinde für die Wirtschaft tun?“)	1	Kanton, Regionen, Gemeinden

Was	Priorität	Handlungsebene
d) Weiterentwickeln der Standortpromotion für Wohnen und Arbeiten	1	Kanton
e) Prüfung einer zeitgemässen Neuausrichtung des Bürgerschaftswesens (Risikofinanzierung); allfällig notwendige gesetzliche Anpassungen könnten in einem zweiten Schritt erfolgen	2	Kanton, SZKB
f) Prüfen von Möglichkeiten zur Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Unterstützung von Angeboten der ausserfamiliären Kinderbetreuung durch die Gemeinden	2	Kanton
g) Weiterführen der Information von Bevölkerung, Politik, Behörden und Wirtschaft über wirtschaftliche Potenziale und Herausforderungen des Kantons Schwyz (z.B. konjunkturelle und strukturelle Entwicklungen)	3	Kanton, Regionen

7.1.5 Flankierende Massnahmen anderer Akteure

Was	Priorität	Handlungsebene
a) Gezielte Umnutzung von (leer stehenden) Gewerbe- und Industriearealen an potenzialreichen Standorten	1	Gemeinden, Wirtschaft
b) Verstärkung der Innovationsförderung (z.B. Wissenstransfer, Zusammenarbeit zwischen Firmen und Forschungsinstitutionen) beispielsweise mittels Leistungsaufträgen an Transferinstitutionen	2	Verbände, (Kanton)
c) Unterstützung von Verbundprojekten zwischen verschiedenen Unternehmen entlang von Wertschöpfungsketten (wichtig: Innovationsorientierung). Beispiele: Ernährungswirtschaft, Tourismus, Holzwirtschaft (mögliche Instrumente: Zusammenbringen von Akteuren, Anschubfinanzierung etc.)	2	Wirtschaft, Regionen, (Kanton)
d) Unterstützung von Pilotprojekten, die eine stärkere Vernetzung zwischen traditionellen Branchen und anderen Branchen zum Ziel haben (z.B. Rohstofflieferung für High-Tech-Branchen, neue touristische Angebote)	2	Wirtschaft, Regionen, (Kanton)
e) Verstärkung der Unternehmerförderung (z.B. im Bereich einer professionellen betriebswirtschaftlichen Erstberatung für Neu- / Jungunternehmer) sowie Unterstützung der Schaffung von Gründerzentren (mögliche Akteure an einen Tisch bringen; regionale Plattformen unterstützen)	3	Verbände, Regionen, Gemeinden
f) Prüfung eines allfälligen privaten Aufbaus einer internationalen Schule im Kanton	3	Wirtschaft

7.2 Potenzialorientierte Raumentwicklung

7.2.1 Übereinstimmung mit der Gesamtstrategie bzw. mit den Teilstrategien

Die Massnahmen zur Stärkung der potenzialorientierten Raumentwicklung sind auf die Umsetzung aller drei Teilstrategien ausgerichtet.

7.2.2 Zielsetzung

Schaffen eines Instrumentariums für eine stärker koordinierte Entwicklung des Siedlungsraumes, der Verkehrsinfrastruktur und des Landschaftsraumes. Das Instrumentarium soll sich künftig stark an den vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten (Potenziale) der einzelnen Teilräume orientieren. Flächenentwicklung soll dort ermöglicht werden, wo die Voraussetzungen dafür am besten sind (Wirtschaft, Wohnen, Landschaft/Natur).

7.2.3 Umschreibung

Die Raumplanung im Kanton Schwyz zeichnet sich durch eine starke Stellung der Gemeinden aus. Sie haben grosse Freiheit, die eigenen Vorstellungen zur räumlichen Entwicklung im Gemeindegebiet zu verwirklichen. Die kantonale Richtplanung hat eher koordinierende Funktion, und der Kanton kann die kommunalen Nutzungsplanungen ausschliesslich auf ihre Rechtmässigkeit prüfen. Weitergehende Prüfungen – z.B. mit Blick auf Zweckmässigkeit etc. – sind nicht möglich.

Die Gemeinden nutzen ihre Gestaltungsmöglichkeiten, indem jede Gemeinde für sich sämtliche wünschbaren Flächennutzungen einplant (Wohnen, Gewerbe, Industrie etc.). Der Kanton verfügt über kein Instrumentarium, mit dem er eine koordinierte Raumentwicklung (Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Landschaft) zwischen den Gemeinden sicherstellen kann.

Die verstärkte Ausrichtung der kantonalen Gesamtstrategie für Wirtschaft und Wohnen auf die vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der Standorte hat zur Folge, dass die potenzialorientierte Raumentwicklung zur zentralen Stossrichtung für die Umsetzung der Gesamtstrategie wird. Der Kanton ist gefordert, in diesem Bereich eine stärkere Führungsrolle zu übernehmen, damit die bestehenden Entwicklungspotenziale im Kanton gezielt genutzt werden können. Dafür braucht es gesetzliche Anpassungen, zum Beispiel im Bereich der Zweckmässigkeitsprüfung von Nutzungsplanungen oder bei der Schaffung eines verbesserten Instrumentariums für die Erschliessung von Bauzonen.

Das heisst nicht, dass die Gemeinden ihre Vorstellungen bei der Festlegung der räumlichen Entwicklung im Gemeindegebiet nicht mehr einbringen können. Es geht vielmehr darum, neben dem bisher starken Element der Planung auf Gemeindeebene ein zusätzliches Koordinationselement, das sich an den überkommunalen Standortpotenzialen orientiert, zu schaffen.

Die Massnahmen für diese Stossrichtung werden im Bereich des Planungs- und Baugesetzes vom Kanton umgesetzt. Bei den übrigen Massnahmen sind für die Umsetzung der Kanton und insbesondere auch die Gemeinden und die Wirtschaft gefordert.

7.2.4 Massnahmen des Kantons

Was	Priorität	Handlungsebene
a) Ausrichtung des Planungs- und Baugesetzes auf die Anforderungen einer potenzialorientierten Raumentwicklung : <ul style="list-style-type: none"> - Der Regierungsrat erstellt einen Bericht über den bestehenden Revisionsbedarf - Auf der Basis der Ergebnisse des Berichtes stellt der Regierungsrat an den Kantonsrat Anträge für eine allfällige 	1	Kanton

Was	Priorität	Handlungsebene
Revision des Planungs- und Baugesetzes		
b) Verwirklichung eines Richtplanverständnisses , das die Potenzialorientierung ins Zentrum stellt; inkl. Festlegung von regionalen Prioritätsgebieten für die künftige Entwicklung im Kanton (Wirtschaft, Wohnen, naturnahe Flächen, touristische Nutzungen, Bauen ausserhalb der Siedlungsflächen etc.)	1	Kanton, Gemeinden
c) Verstärkung der Führung in Siedlungs- und Verkehrsfragen	1	Kanton
d) Abschliessen der kantonalen Verkehrsrichtplanung (integrale Verkehrsplanung im Rahmen der kantonalen Richtplanung)	1	Kanton

7.2.5 Flankierende Massnahmen anderer Akteure

Was	Priorität	Handlungsebene
a) Bereitstellung von segmentspezifischen Wohn- und Wirtschaftsflächen an potenzialreichen Standorten, inkl. Verkehrserschliessung und Infrastruktur	1	Wirtschaft, Gemeinden
b) Prüfung der Durchführung von Ideenwettbewerben für potenzialreiche Unternehmens- und Wohnstandorte; Ziel: Entwicklungsmöglichkeiten beispielhaft aufzeigen und Ideen für optimale Nutzungen erarbeiten	2	Wirtschaft, Gemeinden, (Kanton)

7.3 Optimierung der staatlichen Infrastrukturen und Leistungen

7.3.1 Übereinstimmung mit der Gesamtstrategie bzw. mit den Teilstrategien

Die Massnahmen zur Optimierung der Infrastrukturen sind auf die Umsetzung aller drei Teilstrategien ausgerichtet.

7.3.2 Zielsetzung

Aufrechterhaltung der Fähigkeit des Kantons, Projekte zu finanzieren, die einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen für die kantonale Entwicklung haben.

7.3.3 Umschreibung

Auf Grund des oben beschriebenen Zwangs des Kantons zur Fortführung des bereits praktizierten Kostenmanagements ist es unabdingbar, dass langfristige Kosten-Nutzen-Überlegungen ein wichtiges Kriterium für jede Entscheidung über die Erstellung staatlicher Infrastrukturen und Leistungen darstellen. Der Regierungsrat will durch die konsequente Berücksichtigung dieses Entscheidungskriteriums den staatlichen Mitteleinsatz dort fokussieren, wo ein möglichst grosser Nutzen entsteht bzw. jene Variante wählen, die das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis bringt. Das gilt sowohl für jene staatlichen Tä-

tigkeiten, die zwingend zu erfüllen sind, als auch für den allenfalls bestehenden Wunschbedarf.

7.3.4 Massnahmen des Kantons

Was	Priorität	Handlungsebene
a) Zwingender Einbezug volkswirtschaftlicher Kosten- / Nutzenüberlegungen in Entscheidungen über kantonale und vom Kanton unterstützte Investitionen, Subventionen und Tätigkeiten ¹⁰	1	Kanton
b) Weitere Effizienzsteigerung in der Abwicklung von Bewilligungsverfahren	2	Kanton
c) Regelmässige Überprüfung der Leistungsangebote des Kantons (Effektivität, Effizienz) mit Blick auf eine weitere Verbesserung der Professionalität der Leistungserbringung (z.B. optimale Betriebsgrössen, Leistungsumfang / -struktur)	2	Kanton

8. Umsetzung

Der Regierungsrat will für die Umsetzung der Strategie für Wirtschaft und Wohnen als Erstes die oben dargestellten Massnahmen mit 1. Priorität realisieren. Dabei kommt der Prüfung des bestehenden Revisionsbedarfs im kantonalen Planungs- und Baugesetz besondere Bedeutung zu. Hier besteht gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat Anträge zu gesetzlichen Anpassungen unterbreiten, falls dies für die Umsetzung der dargestellten Strategie für Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz notwendig sein sollte. Damit wird auch der kantonsrätliche Auftrag an den Regierungsrat im Zusammenhang mit der erheblich erklärten Motion „Weder Schlafzimmer noch Briefkasten – Wirtschaftsförderung im Kanton Schwyz“ (M13/01) erfüllt.

Für die Umsetzung der weiteren Massnahmen stehen die Fortführung einer attraktiven Fiskalpolitik, die Realisierung der potenzialorientierten Raumentwicklung, die Optimierung der Beziehungspflege zu bereits ansässigen Unternehmen sowie die Promotion des Wohnstandortes Schwyz im Vordergrund. Ausserdem sollen in die Planung von Vorhaben des Kantons künftig volkswirtschaftliche Kosten-/Nutzenrechnungen einfließen.

Die finanziellen Auswirkungen der Massnahmenrealisierung für den Kanton hängen von der konkreten Prioritätensetzung durch die Regierung ab (Anzahl Massnahmen, Umsetzungszeitraum). Eine schnelle Umsetzung sämtlicher Massnahmen führt zu einem zusätzlichen Ressourcenbedarf in der kantonalen Verwaltung (v.a. Personal).

9. Erfolgskontrolle

Die Umsetzung der beschriebenen Massnahmen wird durch den Regierungsrat mit einer periodischen Erfolgskontrolle begleitet. Zu diesem Zweck wird in regelmässigen Zeitabständen festgestellt, wie der Umsetzungsstand der einzelnen Massnahmen ist, ob die der Strategie zu Grunde gelegten Prämissen noch gültig sind, und ob allenfalls wiederum spezifische Massnahmen zu definieren sind.

¹⁰ **Zwangsbedarf:** Abwägen zwischen verschiedenen denkbaren Alternativen der Leistungserbringung und Priorisierung der Realisierung; **Wunschbedarf:** Abwägen, ob eine Leistung erbracht werden soll und in welcher Form.

Anhang

Personen, die bei der Erarbeitung des Strategiekonzeptes Wirtschaft und Wohnen für den Kanton Schwyz mitgewirkt haben:

Gremium	Beteiligte
Regierungsrat:	W. Inderbitzin, Volkswirtschaftsdepartement (federführend) A. Hüppin, Departement des Innern K. Zibung, Erziehungsdepartement F. Huwyler, Justizdepartement, Landammann A. Christen, Militär- und Polizeidepartement G. Hess, Finanzdepartement L. Bösch, Baudepartement P. Gander, Staatsschreiber B. Reutener, Departementssekretär Volkswirtschaftsdepartement
Kerngruppe: (Wirtschaftsrat)	W. Inderbitzin, Regierungsrat S. Baer, Küsnacht P. Hänni, Altendorf H. Iten, Einsiedeln G. Käppeli, Schwyz H. Koller, Schwyz F. Mattig, Schwyz M. Vögele, Bäch B. Reutener, Departementssekretär Volkswirtschaftsdepartement
Erweiterte Kerngruppe: (zusätzlich zur Kerngruppe)	B. Attinger, Vertreter Gewerkschaften T. Eberhard, Nationalrat R. Honegger, Kantonsrat W. Kälin, Kantonsrat K. Kennel, Kantonsrat K. Korner, Regionalsekretär REV M. Meisinger, Kantonsrat P. Meyer, Vertreter Gewerbe/Industrie T. Schürpf, Kantonsrat H. Weber, Kantonsrat R. Wehrli, ehem. Kantonsrat, Nationalrat
Verwaltungsgruppe:	M. Brun, Departementssekretär Finanzdepartement* J. Filippi, Wirtschaftsförderung, Volkswirtschaftsdepartement* F. Gallati, Vorsteher Tiefbauamt* P. Gander, Staatsschreiber* J. Halter, Departementssekretär Militär-und Polizeidepartement H. Helbling, Vorsteher Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

R. Hensel, Vorsteher Amt für Berufsbildung
B. Ludwig, Polizeikommandantin
E. Merz, Departementssekretär Justizdepartement
N. Mettler, Departementssekretär Baudepartement
H. Rauchenstein, Vorsteher-Stv. Finanzverwaltung
E. Reich Schmalz, Vorsteherin Amt für Gesundheit und Soziales
B. Reichlin, Vorsteher Landwirtschaftsamt
B. Reutener, Departementssekretär Volkswirtschaftsdepartement
St. Stauber, Vorsteher Steuerverwaltung
H. Steinegger, Departementssekretär Erziehungsdepartement
I. Troller, Departementssekretär Departement des Innern
R. von Rotz, Vorsteher Amt für Raumplanung*
Th. Weber, Vorsteher Kantonsforstamt
M. Zumstein, Vorsteher Amt für Umweltschutz
W. Zwyszig, Beauftragter für Information und Kommunikation
(* Mitglieder der kleinen Verwaltungsgruppe)